

Monika Schwarz-Friesel

Der Tatort Sprache in Deutschland

Antisemitismus im öffentlichen Kommunikationsraum

»Sprache definiert und verdammt den Feind nicht nur, sie erzeugt ihn auch; und dieses Erzeugnis stellt nicht den Feind dar, wie er wirklich ist, sondern vielmehr, wie er sein muß, um seine Funktion . . . zu erfüllen.« (Herbert Marcuse)

Sechzig Jahre Bundesrepublik Deutschland, sechzig Jahre offizielle Ablehnung und Ächtung von Antisemitismus. Wo steht Deutschland heute nach Jahrzehnten der Aufklärungsarbeit, der Erinnerungskultur und dem Bemühen der Regierenden, antisemitischer Gewalt und Einstellung entgegenzutreten? Hat der Zivilisationsbruch um Auschwitz die Gesellschaft geläutert, seine Thematisierung sensibilisiert für die Gefahren von Vorurteilen?

Antisemitismus ist heute in Deutschland noch immer und seit einigen Jahren schon wieder zunehmend ein besorgniserregendes Phänomen. Die Hauptgefahr für die Gesellschaft liegt dabei aber nicht im Vulgärrassismus der Rechts- und Linksextremisten, der staatlich beobachtet und weitgehend verpönt ist, sondern im salonfähigen Antisemitismus der sogenannten Mitte. Antisemitische Inhalte werden mittlerweile auf nahezu allen Ebenen der öffentlichen und massenmedialen Kommunikation artikuliert, ohne dass sich energischer Widerspruch regt. Ein extremer Anti-Israëlismus ist die vorherrschende neue Formvariante für die Verbreitung judenfeindlicher Stereotype. In diversen Äußerungsformen werden unter der Bezeichnung »legitime Kritik« öffentlich sprachliche Grenzen überschritten. Als »Meinungsfreiheit« verteidigt wird dieser geistig verzerrende, emotionalisierende Sprachgebrauch gesellschaftlich schon weithin akzeptiert. Der Antisemitismus der Mitte kommt scheinbar ganz legitim, ganz normal als ein Phänomen unserer alltäglichen Sprachverwendung daher und öffnet so den öffentlichen Kommunikationsraum für judenfeindliches Gedankengut.

EIN ALLTÄGLICHES PHÄNOMEN

Eigentlich ist es schwer vorstellbar, dass man im Jahr 2009 nach den Gräueln von Auschwitz über Antisemitismus in Deutschland wieder ernsthaft besorgt sein muss. Die meisten Menschen assoziieren mit Antisemitismus entweder etwas Historisches oder eine extremistische Position. Antisemitismus jedoch ist keineswegs nur ein Phänomen von Randgruppen, sondern stellt ein System von Stereotypen sowie negativen Abwehrgefühlen dar, das in den Köpfen vieler Menschen der bürgerlichen Mitte existiert. Bis vor einigen Jahren äußerte sich der Antisemitismus eher hinter vorgehaltener Hand im privaten Kommunikationsraum.

Heute registriert man eine deutliche Veränderung: Seit der Walser-Debatte ist die Artikulation von antisemitischen Argumenten salonfähig geworden und zeigt sich auf nahezu allen Ebenen des öffentlichen Lebens. Im Internet-Magazin www.kreuz.net werden die inadäquaten NS-Vergleiche deutscher Bischöfe (zu Ramallah fiel diesen das Warschauer Getto ein)

bekräftigt. Dabei werden Phrasen wie »skrupellose jüdische Hetze gegen Bischöfe« benutzt, die exakt dem Sprachgebrauch der Nationalsozialisten entsprechen. Phrasen wie »die nazi-ähnlichen Gewaltorgien der Zionisten« und »der Staatsterror des jüdischen Apartheidregimes« kursieren in zahlreichen Internetforen. Im Roman des Schriftstellers Martin Walser, »Tod eines Kritikers«, wird die Figur des Literaturkritikers der Lächerlichkeit preisgegeben, indem traditionelle antijüdische Stereotype zu seiner Charakterisierung benutzt werden: die Besserwisserei, der intellektuelle Machtmissbrauch, der an das Jiddische angelehnte Sprachgebrauch. Die Zeitung »Junge Freiheit«, die zwischen den Zeilen kontinuierlich antisemitische Argumente transportiert (»... an den Holocaust muss man glauben; wer Zweifel erkennen lässt, verschwindet hinter Gittern.«) sollte im Oktober 2007 in die Presseudokumentation des Bundestages aufgenommen werden. Viele Journalisten greifen mittels des Lexems »Auschwitzkeule« das »moralische Totschlagargument« auf, um auf ein angebliches Meinungsdictat hinzuweisen.

Leserbriefe, in denen antisemitische Stereotype verbalisiert werden und die vor einigen Jahren noch in den Papierkörben der Redakteure verschwunden wären, werden heute ohne Bedenken publiziert. So erschien der folgende Leserbrief nicht etwa in der »Nationalzeitung«, sondern in der »Rhein-Zeitung« Koblenz: »Der Hass auf Deutsche... wird ewig wachgehalten... Die Juden werden uns in 100 Jahren noch an unsere Schuld erinnern, dazu braucht man keine weiteren Gedenktafeln.« (C.S., 7.2.07). Von der viel beschworenen Tabuisierung antisemitischer Äußerungen ist hier nicht mehr viel zu erkennen.

EXPLIZITE UND IMPLIZITE KOMMUNIKATIONSFORMEN

Antisemitismus wird primär über die Sprache transportiert. Mittels sprachlicher Äußerungen vermitteln wir unsere Gedanken und Gefühle, geben Beurteilungen ab, lassen Einstellungen oder Vorurteile erkennen. Es gibt verschiedene Ausprägungsvarianten des Verbal-Antisemitismus: Von klischeefestigenden Floskeln wie »jüdischer Wucher« über stereotype Aussagen bis hin zu Gewaltaufrufen. Obgleich die Wissenschaft relativ klar Auskunft darüber geben kann, ob eine Äußerung als antisemitisch einzustufen ist, verhalten ihre Erkenntnisse weitgehend ungehört. Weiterhin wird bei jedem »sprachlichen Delikt« nach einer Ausrede oder Umdeutung gesucht, gerieren sich die Sprachproduzenten oft als Opfer einer angeblichen »Antisemitismus-Keule«.

Dabei ist eine Zuordnung nicht schwierig: Verbaler Antisemitismus liegt vor, wenn in einer Äußerung eine generelle und/oder spezifische judenfeindliche Einstellung durch Verallgemeinerungen in Form von Stereotypzuordnungen ausgedrückt wird, z. B. wie »Er ist geldgierig und machthungrig, typisch jüdisch!« oder »Die Juden hängen am Gelde.«, und wenn eine völkisch-rassistische Definition die Basis bei der Zuordnung »Jüdisch-Sein« ist: »Jude bleibt immer Jude.«. Verbaler Antisemitismus liegt vor, wenn historische Fakten, die die Judenvernichtung betreffen, verzerrt oder falsch dargestellt werden und die Verantwortung der Deutschen für den Holocaust geleugnet oder relativiert wird: »Die Zahlen zu den getöteten Juden sind unrealistisch«, wenn eine Täter-Opfer-Umkehr ausgedrückt wird wie in »Die Juden sind Nutznießer des Holocaust«, oder angedeutet wird »Der Zentralrat der Juden sollte endlich aufhören, Deutschland unter Druck zu setzen«, wenn in diesem Zusammenhang für das Ende der Erinnerungs- und Verantwortungskultur argumentiert wird (»Wer braucht denn ein Holocaustdenkmal?«). Verbaler Antisemitismus liegt vor, wenn Antisemitismus geleugnet oder relativiert bzw. den Juden die Verantwortung angelastet wird: »Wenn

überhaupt Antisemitismus geschürt wird, dann vom Zentralrat der Juden.« Verbaler Antisemitismus liegt vor, wenn die Begriffe Israel, Zionismus und Juden(tum) gleichgesetzt werden, um eine kritische oder feindselige Haltung allen Juden gegenüber auszudrücken: »Die jüdischen Zionisten agieren in Israel auf die ihnen typische Weise«, wenn antijüdische Stereotype bei der Kritik an Israel benutzt werden wie in »»Zahn um Zahn« ist die alte jüdische Devise bei der Vergeltung der Israelis«, wenn Israel mit den Nazis gleichgesetzt wird (»Israel geht mit Nazi-Methoden vor«) und wenn das Existenzrecht Israels geleugnet wird: »Der jüdische Staat sollte verschwinden.«

Antisemitische Äußerungen transportieren negative Bewertungen nicht nur über die wörtliche Bedeutung der Ausdrücke, sondern zunehmend über Anspielungen (hierzu zählen z. B. die Äußerungen Walsers, Möllemanns oder Hohmanns). Vor 1945 wurde der Antisemitismus ganz offen und explizit als Gesinnung artikuliert (vgl. Hitler »Warum wir Antisemiten sind«). Aufgrund unserer Rechtsprechung und der gesellschaftlichen Tabuisierung von manifestem Antisemitismus bedient man sich heute jedoch subtilerer Strategien: Antisemitisches Gedankengut wird mittels indirekter Kommunikationsformen vermittelt. Die Strategien, jüdenfeindliche Inhalte auf eine implizite Weise zu übermitteln (und die typisch z. B. für die »Nationalzeitung« sowie die »Junge Freiheit« sind), involvieren die Verwendung von rhetorischen Fragen (»Gibt es auch beim jüdischen Volk eine dunkle Seite?«), Anspielungen (»Derzeit deutet alles darauf hin, daß Irving für eine bloße Meinung bestraft wird.«), Zitate (»Auch die jüdische Professorin F. W. nennt Israel einen Schurkenstaat«) sowie Paraphrasen für Juden (»Ostküstenlobby«). Zudem werden offenkundige antisemitische Äußerungen geleugnet: »Selbstverständlich waren Hohmanns Äußerungen nicht antisemitisch.« Diese indirekten Kommunikationsformen schützen einerseits vor Strafverfolgung, haben andererseits aber zugleich das Ziel, Leser zu erreichen, die vor allzu aggressiven, zu Gewalt aufrufenden Texten (z. B. in Skinhead-Liedern; vgl. »Schlagt alle Juden tot!«) zurückschrecken. Verschieden sind bei diesem Verbal-Antisemitismus nur die Formen, d. h. die sprachlichen Manifestationen, identisch sind die Inhalte: Holocaustleugnung- bzw. -relativierung, Ausbeutungslegende (Juden als Nutznießer des Holocaust), Verschwörungstheorie (Macht jüdischer Organisationen in Presse und Staat), angebliches Meinungsdictat und ein ausgeprägter Anti-Zionismus. Radikales Gedankengut wird sprachlich entradikalisiert geboten und damit für ein größeres Publikum präsentabel gemacht.

Argumente und Strategien, die typisch für den Antisemitismus der Rechtsextremisten nach 1945 sind, finden sich mittlerweile auch in Publikationsorganen der Mitte: »Der Antisemitismus-Verdacht, der das Gewicht von sechs Millionen Gemordeten mit sich weiß, ist der Overkill im öffentlichen Raum. In schon rituellen Abständen wird diese Keule durch die Arena geschwungen. In Wahlkampfzeiten ist sie besonders wirksam und besonders unappetitlich: Da wird die Erinnerung an den Holocaust zum taktischen Manöver herabgewürdigt. Antisemitisch waren Möllemanns Äußerungen nicht. Antisemitisch werden sie erst durch die Interpretationen, den Verdacht, dass hinter dem Gesagten noch etwas anderes, Ungesagtes lauere. Hier pflegen Tiefenpsychologen den Dreck, den sie selber aufspüren möchten, selbst vorher zu hinterlegen... Das produziert Sprachregelungen, aus denen man sich nur durch Flüche befreien kann.« (Matthias Matussek, Debatte Recht auf Zorn, Der Spiegel 22, 27. 05. 2002, 27). In diesem Text finden sich mehrere der oben erwähnten Argumente des modernen Antisemitismus. Wer den Publikationsort nicht kennt, würde sofort auf die rechte Szene tippen. Auch wenn Matusseks Äußerungen nicht beabsichtigt, jüdenfeindliche Ressentiments vermitteln: Es handelt sich dennoch um exakt die Argumentation, die beständig z. B. in der »Nationalzeitung« zu finden ist.

Ein anderes Beispiel: In Peter Sloterdijks Band »Theorie der Nachkriegszeiten« konstatiert der Philosoph, dass nun die Aufarbeitung der Vergangenheit vorbei sei. Man müsse nun wieder über den Dingen stehen und nicht »reflexhaft immer wieder auf der Vergangenheit herumreiten«. Das Verlangen nach »Normalität« führt Sloterdijk dazu, genau die Argumente zu benutzen, die sich in rechtsextremistischen Pamphleten finden. Da kann auch der Kontext die Wirkungskraft der Ideen nicht aufheben: So werden Erinnerungsabwehr und kruder Nationalismus als philosophische Reflexion verpackt in die Mitte der Gesellschaft getragen. Massenmedial im Boulevard-Stil inszeniert ist »Gott vergibt, der Rabbi nicht.« So hieß es im Frühjahr 2008 in einem Text der Frankfurter Rundschau, in dem über einen Prozess berichtet wurde, bei dem es um eine Messerattacke auf einen Rabbiner ging. Mit einer solchen Äußerung wird das uralte Stereotyp des nachtragenden, rachsüchtigen Juden aktiviert. Dieses negative Urteil wird nicht wortwörtlich ausgedrückt, sondern durch die kontrastive Gegenüberstellung der vergebende Gott und der nicht vergebende Rabbi impliziert. So trägt eine einfache, kurze Schlagzeile zur Verfestigung antijüdischer Vorurteile bei.

Nicht jede sprachliche Äußerung, die verbal-antisemitisch ist, ist auch absichtlich diskriminierend gemeint. Wenn die Wörter »Jude« und »Israeli« synonym benutzt werden oder in Diskussionen von »Juden und Deutschen« (gemeint sind mit Juden jüdische Deutsche) gesprochen wird oder wenn Floskeln wie »jüdische Hast« oder »jüdische Siedlung« benutzt werden, liegt nicht immer notwendigerweise auch eine judenfeindliche Haltung vor. Solche Äußerungen transportieren aber geistige Stereotype, welche die Basis antisemitischer Grundeinstellungen darstellen. Sie tragen daher maßgeblich dazu bei, Denkschablonen und Klischees zu erhalten. Sprache archiviert kollektives Bewusstsein. So wird über den Sprachgebrauch ein ganzes Vorurteilssystem zementiert.

DER »LEGITIME« ANTISEMITISMUS DER MITTE

Eine qualitative Analyse tausender Briefe und E-Mails an den Zentralrat der Juden (ZRJ) und die israelische Botschaft in Berlin gibt Einblick in die Formen des aktuellen Verbal-Antisemitismus und deckt auf, welche Stereotype heute in den Köpfen sitzen. Da schreiben Schüler, Studierende, Anwälte, Journalisten, Ärzte, Professoren, Pfarrer und Lokalpolitiker mit Namen und Anschrift, die Kopien ihrer Texte an die Bundesregierung oder Zeitungsredaktionen senden.

Diese »besorgten Bürger« sind gebildet, wohlartikuliert, oft eloquent. Sie »lehnen Rechtsextremismus entschieden ab« und weisen »jeden Verdacht, antisemitisch eingestellt« zu sein, energisch von sich. (»Herr Kramer, ich bin NICHT antisemitisch.«; E-Mail an den ZRJ, E.B. 10.5.05). Viele gerieren sich als wahre Humanisten, die sich für Frieden und Völkerverständigung einsetzen, aber leider in ihrem Gutmenschentum von den Juden gestört werden: »Eindringlich möchte ich Sie bitten, Herr Paul Spiegel, Ihre verdammte Arroganz abzulegen. Sie waren und sind arrogant und oberflächlich . . . Ich bin Jahrgang 46. War in Jerusalem und habe dort einen Friedensbaum gepflanzt. Sie zerstören alles wieder. Wie soll ich ihr Fehlverhalten meinen Kindern erklären?« (Dr. med. XY., 1.3.05). Häufig spiegelt sich dabei das alte Stereotyp des unversöhnlichen, des nachtragenden Juden wider: »Für Leute wie Sie ist das Leben nur Kampf. Würden Sie sich versöhnen, wüssten Sie nicht mehr, was Sie tun sollen. Sie tun mir leid.« (ZRJ, E.B. 10.5.05). In dieser E-Mail an den Generalsekretär des ZRJ findet sich die Unterstellung, dass Versöhnung der ureigenen jüdischen Lebensweise konträr gegenübersteht. Auffällig oft findet sich auch die Vorstellung von deutschen Juden als »die Nicht-Deutschen«: »Betreff: Sie sind die absolut Letzten die ein Recht

haben uns Ratschläge zu geben! So bedauerlich rechtsradikale Übergriffe in Deutschland auch sein mögen, Ihr Land ist das absolut Letzte das ein Recht hat andere Länder anzuprangern, weil Ihr Land, sprich ISRAEL permanent regelrecht Staatsterrorismus betreibt und sowas wie Menschenrechte nicht mal kennt . . .« (E-Mail an den ZRJ, A.S. 25.10.06). Diese Ab- und Ausgrenzung ist oft gekoppelt an die konzeptuelle Gleichsetzung von Jude/Israeli, die sich im Sprachgebrauch als Synonymverwendung der Wörter zeigt.

Das auffälligste Merkmal ist die Verknüpfung bzw. Gleichsetzung von negativen israelischen und jüdischen Aspekten. Israel dient nahezu allen Schreibern als Projektionsfläche. Zentralrat und Botschaft wird vorgeworfen, sie unterstützten mit Israel ein »Unrechts- und Apartheidregime«, einen »zweiten NS-Staat«. Die Argumentation wird verteidigt als »legitime Israel-Kritik«; diese basiert oft aber maßgeblich auf tradierten Stereotypen: »Juden nutzen Sonderrechte schamlos aus«, sind »unversöhnlich, nachtragend«, »provizieren durch ihr Verhalten selber Antisemitismus«. Dem Zentralrat wie auch der Botschaft werden neben »Komplizenschaft am israelischen Verbrechersystem« auch moralische Erpressung und Zensurbestrebung vorgeworfen. Die Schreiber empören sich über die »Täterrolle« des israelischen Staates, dessen »Gewaltverbrechen« vom Zentralrat unterstützt und von der Bundesregierung nicht genug kritisiert würden. Dabei verweisen sie auf israelkritische Medienberichterstattungen sowie prominente »Vorbilder« (wie Möllemann, Blüm, Steinbach, Neudeck), wenn sie »tief besorgt« die »Gräueltaten der Israelis«, den »Staatsterror Israels« und die »an NS-Methoden erinnernden Vergeltungsmaßnahmen« sowie den »Vernichtungskrieg« anführen. Viele bekunden »tiefes Mitleid« mit den »Opfern der jüdischen Brutalität«, lehnen zugleich mehrheitlich »das zu gefühlsbetonte und übertriebene Erinnern« an die Schoah ab. So verschmelzen vergangenheitsbezogene Erinnerungsabwehr und gegenwartsbezogener Anti-Israelismus in der Strategie der Täter-Opfer-Umkehr. Entsprechend lauten E-Mails an den Zentralrat oft so: »Israel ist das mit Abstand größte Übel auf der Welt . . . und jene, die Sie unterstützen, sind auch nur »gekauft!« . . . legen Sie ihre Opferrolle ab, weil sie schon längst Mehrfachtäter sind.« (ZRJ, A.S. 25.10.06).

Die Strategie der Täter-Opfer-Umkehr ist charakteristisch für den Antisemitismus nach 1945: Schuld und Schande für den von Deutschen begangenen Zivilisationsbruch werden abgewehrt bzw. verringert, indem auf jüdischer Seite Täterschaft konstruiert wird. Auf die israelische Politik bezogen bietet diese Strategie zusätzlich den Vorzug, scheinbar ohne Bezug auf innerdeutsche Gegebenheiten Schuld zu projizieren, ohne sich dem Verdacht auszusetzen, ein Antisemit zu sein. Auf Israel wird verwiesen, tatsächlich aber geht es auf einem verbalen Umweg gegen Juden und Judentum.

Viele Schreiber fordern zu Sanktionen und Strafmaßnahmen auf. Diese Aufforderungen sind strukturidentisch mit den Boykott-Aufrufen in der NS-Zeit: »Deutsche, kauft keine israelischen Früchte.« (ZRJ, 10.08.06). Und immer wieder taucht die Frage auf, ob »es nicht erlaubt sei, seine Meinung frei zu sagen?« Dass kein anderes Land der Welt so oft, so heftig und so öffentlich kritisiert wird wie Israel, wird ignoriert: Das Argument des Meinungsdikts und der Zensur scheint verführerisch zu sein, geht es doch mit dem Selbstkonzept einher, ein mutiger Verfechter der Meinungsfreiheit zu sein.

EMPATHIE UND EMPATHIE-ABWEHR

Die Briefe und E-Mails sind sehr emotional gehalten. Die Schreiber drücken ihre »Wut und Empörung«, ihren »großen Ärger« aus, wenn es um die »Schandtaten der Israelis« oder

die »unertragbaren Äußerungen des Zentralrats« geht: »Ich darf Ihnen meine Abscheu vor diesem menschenverachtenden und brutalen Verhalten der israelischen Regierung zum Ausdruck bringen.« (12.09.06; Brief an ZRJ); »Sie sprechen von Verhältnissen wie zur Nazi-Zeit? Ich nehme an, Sie meinen damit Israel. . . Ansonsten halte ich Ihre Einlassung für eine Unverschämtheit. Mit freundlichen Grüßen« (ZRJ, Dr. G.H., 24.10.06). Sie bekunden »tiefes Mitleid« und »großen Kummer« angesichts der »tieftraurigen Lage der gequälten Palästinenser«. Unverhältnismäßig weniger intensiv bzw. teilweise komplett ausgeblendet sind dagegen die Gefühle für die Opfer des Holocaust und ihre Nachkommen oder die israelischen Leidtragenden palästinensischen Terrors.

Zweierlei Maß also im (Mit-)Gefühl. Drastisch ist der Emotionsausdruck auch, wenn die eigene Erinnerungs- und Schamabwehr thematisiert werden: Die »guten Bürger« finden es »zum Kotzen«, haben »es satt«, ständig an längst Vergangenes erinnert zu werden: »Aber wir müssen ja wieder an unsere ewige Kollektivschuld erinnert werden. Immer und immer wieder – bis es auch dem letzten zum Hals raushängt und sich antisemitische Gefühle entwickeln.« (I.F, 01.05.06). Das Zurückweisen der Erinnerungskultur ist gekoppelt an die Verweigerung eines emphatischen Gefühls. Keinerlei Verständnis wird für das Bedürfnis der Opfernachkommen gezeigt, Erinnerung wachzuhalten: »Lassen Sie die Vergangenheit . . . endlich ruhen!!! Alles andere wirft auf die Juden nur ein falsches (und keinesfalls günstiges) Bild.« (ZRJ, R. K., 4.5.05). Im Gegenteil: Dieses Bedürfnis wird den Betroffenen als »Ruhestörung« und »Grund für Antisemitismus« vorgeworfen.

Viele Deutsche wollen die historische Belastung und die vom Staat angemahnte, als Zwang empfundene Moralverpflichtung nicht akzeptieren. Das kollektive Schamgefühl soll gegenwartsbezogen relativiert werden. Die eigene historische Schande soll durch die aktuellen Verweise auf israelische Menschenrechtsverletzungen kleingeredet werden. Die Identifikation mit den »geknechteten Palästinensern« dient am Ende stets nur der Empathie mit sich selbst.

ANTI-ISRAELISMUS, NS-VERGLEICHE, NEUER ANTISEMITISMUS

Der extreme Anti-Israelismus, der heute die vorherrschende Manifestationsvariante für antisemitische Vorurteilsbekundung ist, hat nichts mit Israel-Kritik gemein. Anti-Israelismus ist eine feindselige Einstellung gegenüber dem jüdischen Staat und einfach nur destruktiv. Mit geradezu verbissenem Eifer wird Israel verteufelt und verdammt, diffamiert und stigmatisiert. Legitime und konstruktive Kritik an israelischer Politik, wie sie verantwortungsbewusst oft genug vorgetragen wird, artikuliert sich ohne Dämonisierung und grob einseitige Schuldzuweisungen. Anti-Israelismus zeichnet sich hingegen dadurch aus, dass Israel maßlos übertrieben als Verbrecher- und Apartheidstaat diffamiert und seine Militäraktionen nicht mit normalen Standards bewertet werden. Man stelle sich vor, an der Grenze zu Belgien käme es dauerhaft zu Raketenbeschuss auf deutsches Territorium – und die deutschen Gegenmaßnahmen und Abwehrhandlungen würden in der ausländischen Presse als »unverhältnismäßige Militärgewalt mit NS-Methoden« angeprangert. Gegenüber Israel sind solche verbalen Grenzüberschreitungen an der Tagesordnung – in Zeitungsartikeln, Leserbriefen und Internetforen. In Texten der linken Szene (vgl. z. B. die »Junge Welt«, die »Rote Fahne«) wird Israel als »faschistischer Verbrecherstaat« präsentiert und mit kruden sprachlichen Verschmelzungen der Begriffe »zionistisch«, »israelisch« und »jüdisch« hantiert.

Durch zahlreiche NS-Vergleiche wird Israel drastisch de-realisiert und stigmatisiert. Mit jedem NS-Vergleich gehen durch die Unverhältnismäßigkeit der Analogie zugleich auch

eine Relativierung der NS-Zeit und eine Verhöhnung der Opfer einher. Auf den Plakaten der Teilnehmer regelmäßig stattfindender anti-israelischer Demonstrationen stehen groteske Phrasen wie »Holocaust an den Palästinensern«, »Holocaust in Gaza«, »jüdisches Siedlungsmassaker«, »Stoppt den Völkermord«. Wörter wie diese haben ein hohes Emotionspotenzial und aktivieren starke negative Assoziationen. Werden sie im Sprachgebrauch wieder und wieder gekoppelt an das Wort »jüdisch«, erzielen sie eine antisemitische Sinnstruktur. Das Wort »Holocaust« wird zudem inflationär und völlig sinnentfremdet benutzt, maßlos im wortwörtlichen Sinne: ohne Maß. Der beliebig austauschbare Gebrauch des Wortes, das für ein singuläres Verbrechen unvorstellbaren Ausmaßes, einen Zivilisationsbruch in der Menschheitsgeschichte steht, führt zur Sinnentleerung, zur Bedeutungslosigkeit. Wenn das Wort »Holocaust« in allen möglichen Kontexten benutzt, ja abgenutzt wird, um je nach Belieben auf Konflikte und Militäroperationen Bezug zu nehmen, geht die ursprüngliche Bedeutung verloren und mit ihr auch im Laufe der Zeit das Bewusstsein für das historisch Einmalige.

Doch Brachialverbalismen dieser Art werden in der öffentlichen Kommunikation durch Vertreter aus Politik, Religion, Presse und Bildung prominent vorartikuliert: Das Bild eines mutwillig bösen Staates Israel, dessen Aktionen (explizit oder implizit) mit denen der Nazis gleichgesetzt werden, entsteht, wenn Ludwig Watzal, Mitarbeiter der Bundeszentrale für politische Bildung, behauptet, Israel benutze sein Sicherheitsargument nur als Vorwand, »um die Palästinenser zu unterdrücken, ökonomisch auszubeuten und sich des Landes auf völkerrechtswidrige Weise zu bemächtigen«. Dieses Bild wird transportiert, wenn Rupert Neu-deck im Deutschlandfunk und in deutschen Hörsälen Israel als »rassistisches Apartheidsystem« bezeichnet, das die Palästinenser ausrotte. Es erscheint, wenn der außenpolitische Sprecher der Fraktion Die Linke, Dr. Norman Paech, fragt, warum sich der »auf Konfrontation angelegte Zionismus« durchgesetzt und seit 1967 der »Expansionsdrang des aggressiven Zionismus wieder die Oberhand gewonnen« hat. Es wird konstruiert, wenn Professor Udo Steinbach vom Orientinstitut eine Parallele zwischen dem Aufstand im Warschauer Getto und der Gewalt der Palästinenser zieht oder im ZDF als »Nahostexperte« zum Gaza-Konflikt verlauten lassen darf, dass die Krise schon bald eine Ende haben könne, »wenn Israel sich an das Völkerrecht halten würde«. Es erscheint, wenn der Journalist Patrick Bahners in der FAZ den inadäquaten anti-israelischen Sprachgebrauch Hecht-Galinskis mit dem Hinweis auf das Recht auf Meinungsfreiheit verteidigt und Broder eine »Strategie der verbalen Aggression« vorwirft, die das Ziel habe, »Kritiker Israels einzuschüchtern«. Wenn der israelische Historiker Moshe Zimmermann ausgerechnet anlässlich des Gedenkens an den 9. November 1938 im Interview mit der »Jüdischen Allgemeine« (gefragt nach der Rolle des Gedenktages in Israel) als Antwort bietet, dass die »Kristallnacht« für Israelis »mit unangenehmen Dingen (d. h. Pogromen) in Verbindung« gebracht werde und dies unmittelbar verknüpft mit der Überlegung »wir Israelis müssen uns fragen, was wir den Arabern antun«. Hierdurch wird implizit, aber für alle deutlich erkennbar, eine Analogie zur NS-Zeit etabliert. Solche unangemessenen Äußerungen (die dann übrigens genüsslich in der »Nationalzeitung« zitiert werden) lassen nicht nur jede Sprachsensibilität vermissen, sie sind auch gefährlich und verantwortungslos. »Israel als kollektiver Jude« (wie zuletzt Arno Lustiger das Phänomen vor dem Bundestag bezeichnete) steht ohnehin im Mittelpunkt aller aktuellen antisemitischen Aktivitäten von Rechts- und Linksextremen. Werden anti-israelische Brachialverbalismen auf die Ebene der öffentlichen Kommunikation gehoben und als Meinungsfreiheit verteidigt, wird zugleich auch nahezu automatisch der über Israel kanalisierte Antisemitismus gesellschaftlich normalisiert und legitimiert. Der öffentliche Raum bietet

dadurch dann für alle die Möglichkeit, antisemitische Ressentiments im Gewand der Israel-Verurteilung kundzutun.

TATORT SPRACHE – EIN GESELLSCHAFTLICHES PROBLEM

Sprache kann als kommunikatives Instrument wie eine Tatwaffe benutzt werden, um Menschen zu diffamieren und zu stigmatisieren. Die Sprache vermittelt und beeinflusst aber auch unbewusst Bewusstseinsinhalte, steuert Meinungsbildungsprozesse, transportiert kognitive Stereotype und schürt emotionale Vorurteile. Beim verbalen Antisemitismus zeigt sich die Gewalt der Sprache als Gewalt durch Sprache: Die Manifestationsform des extremen Anti-Israelismus trägt maßgeblich dazu bei, dass einer antijüdischen Feindbildkonstruktion sowie der Dämonisierung des Staates Israel argumentativ Vorschub geleistet wird und eine Radikalisierung in der Mitte der Gesellschaft stattfindet. Bei der Bekämpfung des alt-neuen Antisemitismus steht die deutsche Gesellschaft nach der Gründung der BRD heute nicht etwa am Ende, sondern (wieder) am Anfang. Lippenbekenntnisse und Regierungserklärungen reichen hier nicht aus. Verbaler Antisemitismus sollte in unserer Gesellschaft aufgedeckt, benannt und aus dem öffentlichen Diskurs so weit wie möglich verbannt werden. Mit Sprachkontrolle oder Sprachzensur hat dies nichts zu tun. Vielmehr betrifft es unsere Sprachkultur und die historisch basierte Erkenntnis, was ein ungezügelter Sprachgebrauch bewirken kann. Der »Tatort Sprache« ist ebenso gefährlich wie jede non-verbale Handlung: Das antisemitische Gedankengut dringt mit jedem öffentlich nicht energisch widersprochenen Verbal-Antisemitismus tiefer in das kollektive Bewusstsein und die öffentliche Meinung ein. Antisemitismus wird als verbale Strategie zu einem ganz normalen Alltagsphänomen. Nach sechzig Jahren hat das Vorurteil gegen die Juden als »Rede- und Meinungsfreiheit« den öffentlichen Raum in Deutschland wieder erreicht.

LITERATUR

- BENZ, W., 2004. Was ist Antisemitismus? München: Beck.
- BERGMANN, W., 2004. Geschichte des Antisemitismus. München: Beck.
- LAQUEUR, W., 2008. Gesichter des Antisemitismus: Von den Anfängen bis heute. Berlin: Propyläen-Verlag.
- RABINOVICI, D. et al., 2004. Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte. Frankfurt: Suhrkamp.
- RENSMANN, L., 2004. Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS-Verl. für Sozialwissenschaften.
- FABER, K./SCHOEPS, J.H./STAWSKI, S., 2006. Neu-alter Judenhass: Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg.
- SCHWARZ-FRIESEL, M., 2007. Verbaler Antisemitismus. In: Schwarz-Friesel, M. Sprache und Emotion. Tübingen, Basel: Francke, 327–360.
- SCHWARZ-FRIESEL, M./REINHARZ, J., in Vorb. »Ich bin kein Antisemit, aber . . .«. Briefe an den Zentralrat der Juden und die israelische Botschaft. Aktueller Antisemitismus in Deutschland.